

Dokumentation

Inklusive und sozialraumorientierte Schulentwicklung an der Schnittstelle zur Kinder- und Jugendhilfe

Veranstaltung des Dialogforums „Bund trifft kommunale Praxis. Inklusionsgerechte Kommune – Gestaltungsperspektiven im Rahmen des KJSG“, gefördert vom BMFSFJ, 11./12. November 2024 (online)

In dieser Veranstaltung standen Überlegungen im Mittelpunkt, wie die Kooperation von Kinder- und Jugendhilfe und Schule aktuell aussieht und wie diese zukünftig besser gestaltet werden kann, auch mit Blick auf Fachkräftemangel und fehlende Ressourcen einerseits und wachsende Hilfe- und Unterstützungsbedarfe von Kindern und Jugendlichen andererseits. Es ging nicht um eine weitere Individualisierung von Hilfen im Schulkontext, sondern es wurde darüber diskutiert, welche Infrastrukturangebote im Lebensort Schule gebraucht werden, um Kindern und Jugendlichen mehr Chancengerechtigkeit und soziale Teilhabe zu ermöglichen.

Regina Offer, Hauptreferentin im Deutschen Städtetag, Berlin, wies eingangs darauf hin, wie viele Probleme der Schule in den letzten Jahren über die Kinder- und Jugendhilfe versucht werden zu lösen. Sie rückte das Thema Segregation in den Fokus ihrer Ausführungen: Bildungschancen von Kindern hängen nicht nur von individuellen Fähigkeiten, sondern vom Bildungsstatus der Eltern und dem sozialen Umfeld Familie, aber auch dem Wohnumfeld ab. Es gebe eine räumliche Konzentration sozialer Benachteiligung. Die soziale Herkunft bestimme den Bildungserfolg. Sie sprach sich für mehr Handlungsspielräume für Schulen in belasteten Räumen aus. Der Anspruch müsse eine Schule für ALLE sein. Inklusive Schulen seien wichtig, brauchen ganzheitliche Konzepte, hinterlegt mit Ressourcen und Förderansätzen für die Kinder, die bei ihren Interessen und Entwicklungsmöglichkeiten ansetzen. Individuelle Hilfen seien nur die zweitbeste Lösung. Die beiden Systeme Schule und Jugendhilfe müssen besser ineinandergreifen.

In der **Diskussion** wurde u.a. angesprochen, dass die Gestaltung der Schnittstelle „Jugendamt und Schule“ eine große Herausforderung sei. Es gebe einen großen Anstieg der Bedarfe bei ambulanter Schulbegleitung, wobei die Ursachen hierfür (noch) zu unklar seien, um mit „richtigen Maßnahmen“ reagieren zu können. Die Poollösung werde aufgrund großer individueller Bedarfe (z.B. viele Autismus-Diagnosen) teilweise in Frage gestellt. Lehrkräfte sollten von dem großen Druck durch Kinder mit hohem Betreuungsbedarf entlastet werden (mehr Personal, mehr Fortbildung).

Bei der Frage, wie das Quartier besser als Lebensraum genutzt werden könne, wurde eine stärkere Vernetzung mit weiteren Akteuren gefordert. Schulträger müssten enger einbezogen werden und Verantwortung übernehmen. Es gehe um Synergien und Ressourcenbündelung mit Blick darauf, dass Kinder zukünftig überwiegend in Ganztagsbeschulung sein werden. Hier brauche es mehr Kreativität, institutionelle Zusammenarbeit und neues Denken.

Was Wissenschaft und Praxis bewegt ... Inklusiv-sozialraumorientierte Schulentwicklung im Blick der Wissenschaft

Prof. Dr. Saskia Schuppener, Professorin für Pädagogik im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung, Universität Leipzig, referierte darüber, wie sich der Lebensort Schule und das Zusammenwirken mit der Kinder- und Jugendhilfe und anderen Partnern in der zurückliegenden Zeit verändert haben, wo besondere Herausforderungen liegen und Entwicklungsbedarf besteht. Konkret berichtete sie über Ergebnisse eines Forschungsprojekts zu „Inklusive Schule und Sozialraum“ in Leipzig-Grünau. Es ging darum, „erwartungswidrig“ gute Schulen in schwierigen Räumen als gute Beispiele zu identifizieren, um eine Sozialraumanalyse des Quartiers Leipzig-Grünau-Mitte sowie um partizipative Arbeit mit den Jugendlichen dort. Die Forschungsergebnisse wurden in einem Praxishandbuch „Über den Schulhof hinaus“ veröffentlicht, das konkrete Empfehlungen für sozialraumorientierte Schulen enthält, mit Gelingensbedingungen und vielen Reflexionsfragen.

Eine wichtige Erkenntnis war, dass Bildung nicht nur in der Schule stattfindet, sondern sich mit dem Lebensraum verknüpfen muss. Die erforderlichen Ressourcen für diese Sozialraumarbeit fehlen aber häufig. Zudem sehen sich Schulen (zu) oft noch als geschlossene Systeme. **Es fehlt eine systematische Vernetzungsstruktur und gegenseitiges Verständnis.** Daher sei es schwierig Zugänge zu eröffnen. Mit Blick auf die Gelingensbedingungen nannte Frau Schuppener u.a., Eltern einbinden und als Bildungspartner*innen wahrnehmen, Schüler*innen einbinden und entscheidungsrelevante Partizipation ermöglichen sowie „out of the box“-Denken und gemeinsame und nachhaltige Kooperationsstrukturen erarbeiten. Es gebe bereits jetzt viele Schnittmengen zwischen Sozialraum- und Inklusionsorientierung.

Im **Nachgang** zum Vortrag wird erörtert, dass ein weites Sozialraumverständnis wichtig sei, das alle Akteure mit einbeziehe, die Ressource für die eigene Arbeit sein können. In diesem Zusammenhang sei es sinnvoll, in jeder Kommune einen „Agenten“ zu haben, der für die Netzwerkarbeit zuständig sei und die zentralen Akteure im Sozialraum zusammenbringe. Schulleitungen könnten hier die Rolle als „change agents“ übernehmen und z.B. zu Runden Tischen einladen. Das Jugendamt wiederum könne in einen Austausch mit der staatlichen Schulbehörde gehen. Zudem sollte die Rolle von Gemeinwesenarbeit in Vernetzungsaktivitäten stärker hinterfragt werden.

Aus subjektiver Perspektive: Was hätte ich mir gewünscht? Was hätte mir (besser) geholfen? Ein Rückblick auf meine Schulzeit als Kind mit Beeinträchtigungen

Dr. Katharina Ronstedt, Careleaver e.V., Hildesheim berichtet von ihren Schulerfahrungen auf einer Schule für Kinder mit Körperbehinderungen mit unterschiedlich beeinträchtigten Kindern. Ihre spätere Erfahrung in einer „Normalschule“ war, dass sie sich an der Schule für Körperbehinderte normaler gefühlt habe als in einer inklusiven Schule. In diesem Kontext wirft sie die Frage auf, was Behinderung eigentlich sei, woran eine körperliche, geistige oder seelische Behinderung festgemacht werde. Behinderung sei immer eine Definitionsfrage mit verschiedenen Stellen an einem „Kontinuum“. Sie plädierte dafür, dass Schule vorleben müsse, dass jedes Kind gleich wichtig sei und Behinderung das Besondere, das Außergewöhnliche nehmen müsse. Andere Kinder könnten so lernen, dass anders sein normal ist und wüssten im guten Fall dann auch, wie sie sich selbst zu verhalten haben (z.B. Epilepsie, Unterzuckerung). Sie betonte, dass nicht das (beeinträchtigte) Kind das Problem sei, sondern eher der Umgang der Fachkräfte damit. Inklusion dürfe kein Sparprogramm sein. Ausreichend Personal sei nötig, damit Betreuer sich nicht in erster Linie auf Kinder konzentrieren, die besondere Bedarfe haben und andere Kinder dann in Folge zu kurz kommen. Es dürfe insgesamt keine Betreuungs- und Fürsorgedefizite geben. Frau Dr. Ronstedt plädierte für mehr Gelassenheit im Umgang mit Behinderungen („kann passieren“) und einer Suche nach einem gelingenden Umgang mit der jeweiligen Behinderung.

In der **Diskussion** wurde bestätigt, dass „noch viel in den Köpfen passieren“ müsse. Entscheidend für eine Teilnehmerin war die Frage wichtig, wo sich das behindertes Kind besser aufgehoben fühle, vor allem dann, wenn die bisherige Erfahrung besage, dass Inklusion nicht gut funktioniere. Das Kind in den Mittelpunkt stellen und nach Gemeinsamkeiten und Möglichkeiten des Zusammenwirkens zu suchen und nicht Ausschlussbesonderheiten herauszustellen sei die beste Option.

Zur Frage, **wie sich Schule in der Kooperation mit Kinder- und Jugendhilfe bewegt**, referierte **Holger Jeppel, Schulleiter, Gesamtschule – MCS Bochum** und Vorstandsmitglied im Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V. (bvkm). Leitfragen hierfür waren u.a.: Welche Professionen arbeiten heute in der Schule mit? Welchen Beitrag erbringen die Kooperationspartner für eine inklusive Öffnung von Schule? Welchen Stellenwert hat Schulsozialarbeit in diesem Kontext? Welche Formen niedrigschwelliger Beratung an Schule gibt es? Und: Wie kann Schule in die Lebenswelt, ins Quartier geöffnet werden?

Holger Jeppel betonte, dass Menschen das entscheidende Kriterium für das Gelingen von Inklusion seien und diese davon lebe, nicht auf Defizite zu schauen, sondern darauf, was Kinder können. In der von ihm geleiteten Schule sind in jeder Klasse Kinder mit Förderbedarfen, die gemeinsam mit anderen Kindern lernen. Unterstützend kommen 5 – 6 Erwachsene auf 26 Kinder. Die Zahl an Schulbegleiter*innen „schieße im Moment durch die Decke“; es gebe hohe Vertretungsquoten durch Menschen, die die Schüler*innen nicht kennen. Dies sei „völlig ineffektiv“ und „nicht mehr bezahlbar“. Als Modell der Zukunft soll in seiner Schule eine „Klassenassistentenz“ eingeführt werden, also Personen, die fest in der Klasse arbeiten und die Anzahl der Schulbegleiter*innen auf ca. die Hälfte reduzieren. Dies soll 2025 implementiert werden. Weitere Vorteile seien vorhersehbare Kosten und frühzeitig absehbare Bedarfe. Schule seien Orte der Multiprofessionen, daher seien unterstützend auch andere Professionen wie z.B. Sonderpädagogen und Heilerziehungspfleger einzubeziehen. Eine weitere Zukunftsaufgabe sei es, Schule als Ort der Quartiersentwicklung weiter zu entwickeln und multiple Nutzungen zu ermöglichen. Hierfür müssten die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen, auch in der Kooperation mit dem Jugendamt, geklärt werden. Ein erweitertes Raumnutzungskonzept sei das Ziel, denn „Schulen sind da, wo Menschen leben.“

Der **Erfahrungsaustausch** und die Diskussion bezogen sich weitgehend auf die Schulbegleitung. Eine Teilnehmerin aus Dachau berichtete über ein Modellprojekt, in dem erprobt wird, Individualbegleitungen durch Klassenassistenten zu ersetzen. Besonders wichtig sei es, die Eltern mitzunehmen, da sie in diesem Modell auf individuelle Unterstützung verzichten. Die Erfahrung zeige, dass „weniger Fachkräfte günstiger sind als viele, viele Schulbegleiter.“ Die Qualität in der Schule steige damit. Das Fazit zu diesem Austausch lautete, dass eine inklusiv-sozialraumorientierte Schule im Sozialraum dann zu einem Begegnungsort wird, wenn, z.B. über Runde Tische und Inklusionskonferenzen, Akteure zusammengebracht werden und niedrigschwellige Begegnungen möglich sind. Inklusion lebt von Menschen und Begegnungen, diese beginnt im Kopf.

Wer sich in Schule bewegt: Beispiele für Schnittstellen und Kooperationspartner in Schule

Ergebnisse angewandter Forschung aus dem **Projekt „Schulbegleiter“ in Baden-Württemberg** stellte **Dr. Ruth Himmel, Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie/Psychotherapie des Universitätsklinikums Ulm**, vor. Sie zeigte, dass die Zahlen für die Eingliederungshilfe und die Leistungen zur Teilhabe an Bildung seit Jahren stark ansteigen. Die Beeinträchtigungen der betreuten Kinder und Jugendlichen sind überwiegend seelische Behinderungen, Schwerpunkt Autismus. Bei Lehrkräften gibt es (noch immer) Skepsis gegenüber Inklusion.

Die Schulbegleitung wird als zentraler Pfeiler schulischer Inklusion angesehen. Schulbegleiter*innen sind mehrheitlich weiblich und Quereinsteiger. Schulbegleitung habe sich etabliert und leiste einen bedeutenden Beitrag zur Inklusion. Nachholbedarf gebe es bei der infrastrukturellen Umsetzung zur gleichberechtigten Teilhabe von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen in Deutschland. Dennoch lasse sich feststellen, dass ein Kind mit zunehmenden Alter immer deutlicher spüre, dass es ausgegrenzt sei, denn Schulbegleitung habe „etwas Exklusives“. Notwendig sei eine inklusive Weiterentwicklung in Schulen im Zusammenspiel mit den Kommunen (Einbettung von Schulbegleitung in administrativen Abläufe der Behörden). Große Versorgungslücken gebe es auch beim Übergang von der Schule in den Beruf. Im nachfolgenden Erfahrungsaustausch wurde deutlich, dass ein gewisses Maß an Standardisierung bei der Schulbegleitung begrüßt wird, allerdings sei neben einer guten Qualifizierung auch immer die persönliche Passung wichtig. Der überwiegende Teil der Kommunen/Bundesländer sei aber „weit weg“ von standardisierten Verfahren. Nicht zuletzt deshalb gebe es bei Schulen Überlegungen, selbst Träger zu werden.

Sagen, was ist – tun, was hilft: Mental Health Coaches an Schulen

Über dieses Praxisprojekt berichtete **Tobias Rabanser, Mental Health Coach im Jugendmigrationsdienst Berlin-Lichtenberg**. Zu Beginn seines Referates verwies er darauf, dass durch psychische Störungen bei Kindern und Jugendlichen hohe gesellschaftliche und ökonomische Kosten entstehen. Dem entgegenzuwirken sei Anliegen des Modellprojektes mit 80 Standorten und ca. 100 Kooperationsschulen, in denen 94 Mental health Coaches als Ansprechpartner für Schüler*innen zwischen 13 und 16 Jahren zur Verfügung stehen. Aufgabe des Angebots ist es, die Resilienz und mentale Gesundheit der Schüler*innen zu stärken, deren Ressourcen zu aktivieren und zur Entstigmatisierung von psychischen Problemen beizutragen. Wissensvermittlung über Beratungsangebote und vertrauensvolle Arbeit mit Schüler*innen und Lehrkräften gehören dazu. Bisher gebe es zu wenig Bewusstsein bei Lehrkräften und Schüler*innen hierfür, aber nach anfänglichem Zögern gebe es inzwischen ein großes Interesse, wenn mental health coaches in die Klassen kommen. Für viele Schüler*innen sei es eine große Herausforderung mit Gefühlen umzugehen. Langfristiges Ziel ist es, Schulen zu entwickeln, die Raum für mentale Gesundheit geben, diese fördern und Belastungen auffangen.

In der **Diskussion** wurde erörtert, inwiefern Mental health Coaches ihr Angebot an die jeweiligen Wünsche der Schule anpassen und ob klassenübergreifend gecoacht werde. Es gehe um Themen, die Schüler*innen wünschen und Wünsche der Lehrkräfte. Verwiesen wurde auch auf die offene Sprechstunde für Schüler*innen. Die Mental health Coaches seien zwar ein niedrigschwelliges Angebot, trotzdem bestünden durch die oft hohe familiäre Vorbelastung der Jugendlichen „riesige Hemmschwellen“. Daher sei für den Erfolg auch Elternarbeit ein wichtiges Kriterium, z.B. über gemeinsame Elternabende mit Schulsozialarbeiter*innen. Bisher ist der „Feedback-Rücklauf“ seitens der Eltern aber eher niedrig.

Kommunale Schulsozialarbeit in Braunschweig

OStD Björn Flader, Schulleiter der Otto-Bennemann-Schule, Berufsbildende Schulen Wirtschaft und Verwaltung in Braunschweig und Şadiye Çelik-Turgut, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie stellten das Konzept der kommunalen Schulsozialarbeit in Braunschweig und dessen Umsetzung vor. Die Otto-Bennemann-Schule ist die einzige kaufmännische Schule in Braunschweig, aktuell mit ca. 3.700 Schüler*innen, pro Jahr kommen 1700 neue Schüler*innen. Bei der insgesamt kurzen Ausbildungszeit würden Probleme der Schüler*innen oft erst deutlich, wenn die halbe Schulzeit schon vorbei sei. Es gebe zunehmend mehr Beratungsbedarf bei den Schüler*innen. Bis vor 6 Jahren gab es noch keine Schulsozialarbeit an der Otto-Bennemann-Schule, seitdem wurde viel aufgebaut.

So entstand z.B. das Mobbing-Interventionsteam, allerdings eher mit „Feuerwehrfunktion“. Eine Befragung der Jugendlichen an der Schule brachte besorgniserregende Ergebnisse (Gewalt, Drogen, Depressionen, Diskriminierung). Seit 2015 gibt es in der Schule einen starken Zuwachs an Sprach- und Integrationsklassen sowie Verschiebungen im Bildungsniveau innerhalb der Schülerschaft (eher Nachholen des Hauptschulabschluss als Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung). Zudem haben viele Schüler*innen Probleme (psychische oder häusliche Probleme, Armut, Schulabsentismus, Perspektivlosigkeit etc.), fühlen sich allein (gelassen) und brauchen Unterstützung über die Schulsituation hinaus. Schulsozialarbeit sei daher ein sehr wichtiges Instrument, um bei diesen Problemlagen zu unterstützen. 2018 beschloss der Rat, kommunale Schulsozialarbeit einzuführen. Bis 2025 muss danach allen weiterführenden Schulen ein Angebot unterbreitet werden, inkl. Einzelfall- und Netzwerkarbeit. Ein Vorteil dabei ist, dass Schüler*innen Angebote der Schulsozialarbeiter oft eher annehmen als von ihren Lehrern.

Auf **Nachfrage** erklären die Referent*innen, dass aktuell noch viele strukturelle Themen zu bearbeiten seien. Für das Thema „Schulabsentismus“ konnte jedoch bereits eine Koordinierungsstelle für Schulverweigerung, die für alle Schulen in Braunschweig zuständig ist, bei der kommunalen Schulsozialarbeit angedockt werden. Angesprochen auf das Thema „Wirksamkeit“ antwortet **Daniel Kötschau**, Schulsozialarbeiter an der Otto-Bennemann-Schule, diese bestehe manchmal schon darin, dass jemand da sei, der zuhört und Beziehungsarbeit übernehme. Ein qualitativer Indikator für Wirksamkeit sei auch das verbesserte Vertrauensverhältnis zwischen Schüler*innen und Sozialarbeiter*innen. Ein schwieriges Thema sei der Umgang mit Schüler*innen, die zwar schulpflichtig sind, aber trotzdem nicht in der Schule erscheinen. Hier werden z.B. Hausbesuche gemacht und auch über „Abschulung“ gesprochen. Beim Thema „Abschulung“ kommen verschiedene Handlungsansätze zum Tragen, so u.a. die Kooperation mit Agentur für Arbeit oder die Einleitung gesundheitlicher Maßnahmen.

Schule im Quartier – Mehr Quartier in die Schule?!

Wie eine Inklusiv-sozialraumorientierte Schule aussehen kann, erläuterte **Schulleiterin Maria Kasperek am Beispiel der Quartiersschule Ihmelstraße in Leipzig**. Ihrer Erfahrung nach sei eine Einbettung von Schule in Quartier in jedem Stadtteil sinnvoll. Das Credo sei, „von und mit den Stärken des Quartiers Schule zu gestalten“. Die Öffnung der Schule in den Stadtteil hinein als Ort der Begegnung sei ein langfristiges Ziel. Geplant sei, eine offene Schullandschaft für das Quartier zu werden, in der die Kinder vormittags lernen und am Nachmittag von der Fahrradwerkstatt bis hin zu offenen Cafés unterschiedliche Angebote den Lebensraum attraktiver werden lassen. Leitmotiv sei es, eine Schule des 21. Jahrhunderts sein zu wollen, mit den erforderlichen „21st century skills“.

Ein zentrales Element in diesem Kontext ist der Baustein VAIR: Stärkung der Verantwortungsübernahme & des Projektlernens. Hier werden ab Klasse 5 zwei Stunden wöchentlich Jahrgangs übergreifend selbst gewählte Kleinprojekte im Sozialraum bearbeitet. Im Vordergrund stehen das Erleben von Selbstwirksamkeit und das Management von Projekten.

In der sich anschließende **Diskussion** wird nachgefragt, wie dieses Schul-Modell in einem sehr ländlichen Raum umgesetzt werden könne, in dem es außer der Schule, einer Kita und vielleicht einer Sozialstation ganz oft NICHTS mehr gebe. Frau Kasperek weist darauf hin, dass es wichtig sei, viele Partner im Quartier zu haben. Wenn nichts da sei, könne im Schulkontext versucht werden, etwas zu etablieren, z.B. ein Tauschregal, Nachbarn in die Schule einladen, Projekte von Kindern verwirklichen. Dies sei schon eine erste Öffnung ins Quartier. Nicht alles müsse in den Räumlichkeiten der Schule stattfinden, viele externe Projekte fänden außerhalb statt. So bekämen die Kinder auch ein besseres Gefühl und Verständnis für ihr Quartier. Stadtpaziergänge tragen so z.B. dazu bei, das Viertel bewusster wahrzunehmen und mehr Bezug zum Quartier zu schaffen.

Das Kollegium stehe voll hinter dem Konzept. Hierfür sei es für alle wichtig zu verstehen, warum sich Schule und damit auch Bildung wandeln sollte. Dies sei der erste Schritt zu Aushandlungs- und Verständnisprozessen. „Haltung gibt Halt“. Das Jugendamt habe eine beratende und begleitende Rolle. Ein erweitertes Raumnutzungskonzept für die Schule, mit dem in den Randzeiten oder am Wochenende Räume in der Schule für unterschiedliche Aktivitäten und Begegnungen bereitgestellt werden könnten, gebe es noch nicht. Auch wenn dies grundsätzlich von der Stadt Leipzig befürwortet werde, seien derzeit keine Betreuungskräfte hierfür zu finden. Perspektivisch sei es ein weiterer Schritt.